

# 2026 muss zum Jahr der Kinderrechte nicht nur in Deutschland werden

geschrieben von Redakteur | Januar 2, 2026



## Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert Politik und Gesellschaft auf, Kinderrechte endlich konsequent umzusetzen – in Gesetzgebung, Verwaltung, Bildung und Alltag

Das Deutsche Kinderhilfswerk ruft Staat und Zivilgesellschaft dazu auf, das Jahr 2026 gezielt unter das Zeichen der Kinderrechte zu stellen. Anlass ist unter anderem der aktuelle Kinderrechte-Index, der deutlich macht: Die UN-Kinderrechtskonvention wird in Deutschland nach wie vor nur unzureichend umgesetzt.

*„Das Kindeswohl wird in Politik, Verwaltung und Rechtsprechung noch immer nicht ausreichend berücksichtigt“, betont DKH-Präsident Thomas Krüger.*

Mehr als 36 Jahre nach Verabschiedung der Konvention seien die Rechte von Kindern zwar anerkannt – aber noch längst nicht durchgängig handlungsleitend.

## **Kinder als eigenständige Persönlichkeiten ernst nehmen**

Zentral für das Deutsche Kinderhilfswerk ist die Sicht auf Kinder als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten:

- Recht auf Schutz
- Recht auf Förderung und Entwicklung
- Recht auf Beteiligung
- Recht auf Gehör in allen sie betreffenden Angelegenheiten

Kinder müssten nicht nur geschützt, sondern aktiv beteiligt werden – in Familie, Schule, Kommune und Gesellschaft. Beteiligung sei kein „Nice-to-have“, sondern ein Kern demokratischer Bildung.

*„Demokratie zu lernen heißt, Demokratie zu erleben – auch und gerade für Kinder“, so Krüger.*

## **Bildungsbenachteiligung bleibt strukturelles Problem**

Besonders kritisch sieht das Deutsche Kinderhilfswerk die weiterhin großen Bildungsungleichheiten. Kinder aus armutsbetroffenen Familien hätten nach wie vor deutlich schlechtere Bildungs- und Teilhabechancen.

Trotz jahrelanger Debatten seien hier kaum substanzielle Fortschritte erzielt worden – mit langfristigen Folgen für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

## **Kinderrechte gehören ins Grundgesetz**

Ein zentrales politisches Ziel bleibt die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Diese sollen dort als eigenständige Rechte verankert werden – ergänzend zu den Elternrechten und klar gegenüber dem Staat gerichtet.

Gefordert wird:

- ein eigener Passus zu Kinderrechten im Grundgesetz
- Vorrang des Kindeswohls bei staatlichen Entscheidungen
- breite parteiübergreifende Unterstützung
- Einbindung der Zivilgesellschaft in das Gesetzgebungsverfahren

*„Kinderrechte brauchen eine starke rechtliche Grundlage – und eine breite gesellschaftliche Allianz“, so Krüger.*

## **2026 als Signaljahr für Kinder und ihre Rechte**

Mit dem Aufruf, 2026 zum „Jahr der Kinderrechte“ zu machen, verbindet das Deutsche Kinderhilfswerk die Hoffnung auf:

- mehr öffentliche Aufmerksamkeit für Kinderrechte
- verbindlichere politische Entscheidungen
- stärkere Beteiligung von Kindern an gesellschaftlichen Prozessen
- langfristige strukturelle Verbesserungen für Kinder und Familien

Kinder seien nicht nur die Zukunft der Gesellschaft – sondern

vor allem ihre Gegenwart.